

Rede des Präsidenten des Niedersächsischen Heimatbundes Prof. Dr. Hansjörg Küster auf dem 89. Niedersachsentag in Nordenham am 3.5.2008

Entwurf

Es gilt das gesprochene Wort

Seit einigen Monaten ist in jeder Ausgabe des ZEITMagazins eine Deutschlandkarte enthalten. Auf diesen Karten werden in unterhaltsamer Weise landeskundliche Zusammenhänge klar gemacht. Da erfuhr ich zum Beispiel, dass es in keinem anderen Bundesland in diesem Jahr so viele Stadt- und Ortsjubiläen wie in Niedersachsen gibt. Die Braunschweiger Vorstadtsiedlung Heidberg ist mit 50 Jahren Alter der jüngste Jubilar, Oldenburg mit einem Alter von 900 Jahren der älteste. Nordenham feiert in diesem Jahr sein einhundertjähriges Stadtjubiläum. Ob eine Stadt nun jünger oder älter ist: Bei jedem Jubiläum wird klar, dass man stolz auf sie ist und dass man sie auf einem guten Weg in die Zukunft begleiten möchte. Der Niedersächsische Heimatbund gratuliert der Stadt Nordenham sehr herzlich und dankt ihr zugleich aufrichtig dafür, dass er gewissermaßen zur Geburtstagsfeier eingeladen wurde – indem wir in diesem Jahr den Niedersachsentag in Nordenham veranstalten.

Die ROTE MAPPE, die ich heute Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, überreichen möchte, enthält ein Vorwort, in dem wir uns darüber Gedanken machen, dass es zwei Ebenen unserer Tätigkeit als Niedersächsischer Heimatbund gibt. Einerseits: Der Dachverband der Bürgervereine und der Kommunen übt eine Kontrollfunktion aus – auch und gerade mit der ROTEN MAPPE. Wir greifen damit in Auseinandersetzungen ein, die möglicherweise bereits zum Konflikt geworden sind. Es gibt rasch aufflammende, aber auch lange schwelende Konflikte im Land um Planungen des einen, die der andere ablehnt. Durch Gesetze oder Regelwerke sollen diese Konflikte geschlichtet werden, es gibt langwierige Verhandlungen und vielleicht sogar Prozesse vor Gericht. All dieses kostet sehr viel Kraft, Zeit und Geld. Und die letztlich Unterlegenen sehen sich als die Verlierer.

Es gibt aber auch noch eine andere Ebene der Betätigung für den Niedersächsischen Heimatbund. Wir müssen unsere Bemühungen richten auf:

Bildung und Ausbildung, das Gespräch zwischen Experten und der Bevölkerung, das Gespräch zwischen Fachleuten und Laien, das geduldige Erklären und das kulturell, vielleicht auch religiös begründete Abwägen. Je besser alle Beteiligten, alle Partner darüber Bescheid wissen, was die Besonderheiten des Landes ausmacht, desto eher besteht die Chance, dass sie darauf Rücksicht nehmen, auch wenn sie notwendigerweise etwas Neues planen. Je sorgfältiger die Bevölkerung über notwendige Planungen aufgeklärt wird, desto besser begründet ist die Hoffnung, dass sie diese akzeptiert. Je mehr Zeit sich Experten für die Menschen im Lande nehmen, desto eher ist zu erwarten, dass die Meinungen aller Seiten auch wirklich verstanden werden. Wir sind der Ansicht, dass sich diese pädagogische Tätigkeit, dieses Eintreten für Bildung und Integration letztlich lohnt – auch in einem finanziellen Sinn, denn es könnten auf diese Weise erhebliche Geldmittel gespart werden, die heute oder später für Gutachten, Prozesse und Kompromissfindung aufgewendet werden.

Aber wir müssen auch darauf achten und darauf vertrauen, dass sich die Landesregierung ihrer in der Niedersächsischen Verfassung betonten Letztverantwortung für zahlreiche Aufgaben, die unsere Anliegen berühren, bewusst ist, auch wenn diese durch das Land auf kommunale Selbstverwaltungskörperschaften übertragen wurden.

Professor Albert Janssen, Vizepräsident des Niedersächsischen Heimatbundes, veröffentlichte jüngst einen viel beachteten Artikel, in dem er darauf hinwies, dass in Niedersachsen immer mehr Aspekte von Legislative und Exekutive bei den gleichen Institutionen oder Personen konzentriert werden. Das bedeutet einen Verlust an Kontrolle und kann auch zu dem führen, was vor kurzem in einem Leitartikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung kritisiert wurde: In Niedersachsen gäbe es einen Mangel an Visionen. Visionen müssen entwickelt werden dürfen, ohne dass sofort (seitens der Legislative) geprüft wird, ob sie aus juristischer Sicht umsetzbar sind. Diese Visionen sollten in der Bevölkerung diskutiert werden, und man sollte viel mehr auf die schöpferischen Kräfte vertrauen, die aus der Bevölkerung heraus erwachsen können.

Auch in dieser ROTEN MAPPE gibt es Beiträge, mit denen versucht wird, warnend den Finger zu heben vor Projekten, die unsere Heimat bedrohen. Diese Beiträge zeigen unser Betätigungsfeld. Wir sind gegen die geplante Überdachung des

Schlosshofes in Celle, weil das Celler Schloss als überaus wertvolles Denkmal Schaden davon tragen könnte. Unsere Sorge gilt in mehreren Artikeln dem Land an der Nordseeküste. In Varel-Obenstrohe wurde ein besonders geschütztes Biotop zerstört. Verantwortlich dafür ist der Landkreis Friesland als Untere Naturschutzbehörde, das Land hat aber als Oberste Naturschutzbehörde eine Aufsichtspflicht. Deshalb kann uns eine in der WEISSEN MAPPE von 2007 gegebene Antwort nicht befriedigen, die Untere Naturschutzbehörde werde schon wissen, was sie tue. Wie hat denn dabei die Oberste Naturschutzbehörde ihre Aufsichtspflicht erfüllt? Über die Ästuare von Elbe, Weser und Ems muss dringend mehr nachgedacht werden; weitere Baggerungen sollten so weit wie möglich vermieden werden. In diesem Zusammenhang empfehlen wir auch aus Naturschutzgründen, den Verkehr mit besonders tief gehenden Schiffen an den Tiefwasserhafen nach Wilhelmshaven zu lenken. Dort muss zwar auch gebaggert werden, aber nicht immer wieder neu. Denn der Hafen von Wilhelmshaven ist die einzige Stelle an der Deutschen Bucht, an der ein Tiefwasserhafen nicht durch einen Ästuar erreicht wird. Ästuare versanden ständig durch Sedimente, die von den Flussströmungen an die Flussmündungen transportiert werden. Aber in Wilhelmshaven wird eine tiefe Rinne durch den Tidenstrom zwischen Nordsee und Jadebusen quasi von selbst offen gehalten, nämlich durch das Hin- und Herströmen der Tiden. Gefahr ist an der Nordsee außerdem im Verzug durch die neuen Pläne, im Bereich des Knechtsandes nach Erdöl und Erdgas zu suchen. Wir begrüßen die ablehnende Haltung des Umweltministers dazu. Alles Menschenmögliche muss getan werden, um Belastungen oder Gefährdungen von den sehr empfindlichen Wattenmeerökosystemen fern zu halten.

Meine Damen und Herren, jede Intervention unsererseits kann eine notwendige Kontrolle sein, sie kann aber auch als lästiger Einwand empfunden werden, und es kann zu einer Verhärtung von Fronten kommen, etwa zwischen Investoren, die Sportanlagen bauen, und anderen, die diese verhindern wollen. Lieber ist es uns, wenn über die Projekte, die zum Konflikt führen, schon früher gesprochen wird. Und damit komme ich auf Aspekte des schon genannten zweiten Bereichs unserer Tätigkeit zu sprechen.

Genau damit treten wir in besonderer Weise für Heimat ein: Der Niedersächsische Heimatbund fordert, dass fachliche Inhalte an die Allgemeinheit der Bevölkerung vermittelt werden, dass Menschen dadurch begeistert und zur Mitarbeit animiert

werden. Das ist nicht nur für die einzelnen Projekte gut. Sondern dabei lernen sich auch Menschen kennen, sie tun etwas miteinander. So wird die Integration von Menschen gefördert; das ist heute eine der wichtigsten Aufgaben überhaupt. Einheimische sollten über ihre alte Heimat, neu Hinzugezogene und Fremde über ihre neue Heimat mehr nachdenken. Und beide Gruppen sollten dabei Visionen für ihre gemeinsame Heimat entwickeln. Die Alteingesessenen gehen dabei vielleicht mehr von der Tradition aus, die Neubürger haben vielleicht neue Ideen.

Dies zu fördern ist eine wichtige Aufgabe für unseren demokratischen Staat. Manche Aspekte sind schwierig zu lösen, und manchmal fragt man sich, ob die Demokratie sie bereits in richtiger Weise und vollständig geschultert hat. Manches, auf was es uns ankommt, ist in juristischen Argumentationen nicht leicht zu fassen. Die Juristen sprechen oft von „unbestimmten Rechtsbegriffen“, wenn es um Heimat, Natur oder Denkmal geht. Wenn man sich mit den Inhalten dieser Begriffe befasst, sind aber auf jeden Fall die fachlichen Grundsätze der jeweiligen Einzeldisziplinen zu beachten. Sie können sich wandeln, denn es gibt in jeder Disziplin einen fachlichen Fortschritt, und über jedes Einzelproblem wird immer wieder neu nachgedacht. Unter anderem deshalb halten wir eine kontinuierliche und systematische Fortschreibung der Denkmalinventarisierung durch das Landesamt für Denkmalpflege für unverzichtbar.

Fachliche Grundlagen können nicht alle gleich zum juristischen Gesetz erhoben werden. Sonst würde man eines Tages mit juristischen Vorgaben einen Sachverhalt einfordern, der aus der Sicht der jeweiligen Fächer, beispielsweise Kunstgeschichte oder Ökologie, gar nicht mehr dem Stand des Wissens entspricht. Ich persönlich habe den Eindruck, dass dies im Zusammenhang mit Naturschutzfragen gelegentlich der Fall ist. Aber es ist nicht leicht, so etwas laut zu sagen. Denn auf jeden Fall muss in Belangen wie Naturschutz oder Denkmalpflege eine Verbindlichkeit erreicht werden, und in der Öffentlichkeit muss für die Umsetzung fachlicher Erkenntnisse geworben werden. Und die Öffentlichkeit muss sich mit diesen fachlichen Inhalten auseinandersetzen.

In der ROTEN MAPPE gehen wir auf ein Beispiel ein, bei dem klar wird, wie eine fachliche Beratung aussehen sollte. Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur führte eine Anhörung darüber durch, ob Genehmigungen für Solaranlagen auf Dächern denkmalgeschützter Gebäude erleichtert werden sollten. Die Initiative, die Anhörung zu veranstalten, begrüßen wir außerordentlich, weil sie einen Beitrag zur

Beratung und fachlichen Aufklärung leistet. Unter anderem stellte sich heraus, dass die Ausrüstung von Baudenkmalen mit Solaranlagen allenfalls minimal dazu beiträgt, heutige Klima- und Energieprobleme zu lösen. Die Effizienz solcher Anlagen ist bei weitem nicht hoch genug. Der Schaden, den die Solaranlagen bei den Baudenkmalen anrichten, wird durch den geringen Energiegewinn bei weitem nicht aufgewogen. Aber selbst wenn die Anlagen effizienter wären, sollten Baudenkmale (es handelt sich dabei um weniger als 3% unseres gesamten Baubestandes) möglichst ungestört erhalten bleiben – in Naturschutzgebieten werden ja auch keine Windparks errichtet. Andere Wege sind zu gehen, um Altbauten und Baudenkmale auf einen möglichen Klimawandel einzustellen.

Doch wer leistet auf Dauer die dringend notwendige fachliche Beratung im Alltag, in der Fläche des großen Landes Niedersachsen, in zahlreichen Detailfragen, die gerade im Zusammenhang mit Energiegewinnung oder Dämmung von Bauten auftreten? Dies kann unserer Meinung nach nur ein fachlich optimal ausgestattetes Landesdenkmalamt leisten, mit kundigen Fachleuten, die sowohl von Denkmalpflege als auch beispielsweise von effizienter Energienutzung viel verstehen.

Um das Anliegen Denkmalpflege macht sich der Niedersächsische Heimatbund besonders große Sorgen, und hier speziell um die Zukunft des Landesamtes für Denkmalpflege. In einem solchen Landesamt sollen die fachlichen Grundlagen für Denkmalpflege gelegt werden, und zwar in vielen Bereichen, nicht nur auf dem gerade angesprochenen Feld der Energienutzung. Dort müssen die Diskurse um die Schutzstrategien von Denkmalen geführt werden. Vom Landesamt als zentralem Fachamt und Kompetenzzentrum aus sollen die Unteren Denkmalbehörden betreut und beraten werden; denn diese brauchen Richtlinien für ihr Handeln, und sie brauchen für besondere Aufgaben Spezialisten, die es nur an einer zentralen Stelle im Land geben kann: beispielsweise Experten für die Restaurierung spezieller Metalle, für Baustatik in Bauernhäusern oder für Dendrochronologie. Es ist undenkbar, dass jede Untere Denkmalbehörde bei den Kommunen diese Experten gewissermaßen „vorhält“, aber es ist dringend erforderlich, dass diese Spezialisten irgendwo im Land zu finden sind.

Das Landesdenkmalamt hat ferner sehr wichtige pädagogische Aufgaben. Durch Denkmaltopographie, Inventarisierung und Denkmalbeschreibungen werden Texte gewonnen, die nicht für das stille Kämmerlein gedacht sind, sondern veröffentlicht

werden müssen. Sie interessieren die Öffentlichkeit und klären sie auf! Auch in anderer Hinsicht ist Öffentlichkeitsarbeit seitens des Denkmalamtes zu leisten, vor allem kommt es auf geduldige Beratung von Investoren, Bauherren und an der Denkmalpflege Interessierten an. Über den Wert von Denkmälern müssen die Entscheidungsträger in den Kommunen sehr viel besser aufgeklärt werden. Dies hob auch die Landesregierung in der WEISSEN MAPPE 2007 hervor. Wir sind uns darüber einig, dass dies eine besonders wichtige Aufgabe ist. Aber wer anders soll letztlich die Aufgabe der Schulung von Bürgermeister, Gemeinderäten und Verwaltungen der Kommunen in Belangen der Denkmalpflege übernehmen als die Experten beim Landesamt für Denkmalpflege?

In den letzten Jahren bekräftigte die Landesregierung in einigen Beiträgen der WEISSEN MAPPE, den Ausbau des Denkmalamtes voranzutreiben. Das begrüßen wir natürlich. Doch auf der anderen Seite hören wir immer wieder Klagen über Verzögerungen bei der Neubesetzung von Personalstellen oder gar über einen aus unserer Sicht nicht vertretbaren Stellenabbau. Derzeit wird größter Wert darauf gelegt, Stellen beim Landesamt für Denkmalpflege „sozialverträglich“ abzubauen, um ein Einspar Soll zu erfüllen. Meine Damen und Herren, dieser Stellenabbau kann ja sozialverträglich sein, sachverträglich ist er aber nicht! Denn es wird rigoros gekürzt; es geht um Stellen wissenschaftlicher Referenten genauso wie um die Stellen für Sachbearbeiter, die EU-Fördermittel abrufen. Ein Plan, wie dabei die neue strategische Ausrichtung eines Landesdenkmalamtes geplant werden soll, ist nicht zu erkennen. Wir bitten die Landesregierung dringend darum, eine neue Perspektive für das Denkmalamt und damit für das so außerordentlich wichtige Anliegen Denkmalpflege insgesamt zu entwickeln. Das schließt übrigens die Entwicklung einer Perspektive für die Archäologische Denkmalpflege im Landesdenkmalamt mit ein. Sie muss ja auch noch in Landkreisen tätig werden, in denen es keinen Kreisarchäologen gibt. Wir sind gerne zu einer Unterstützung bei den Beratungen bereit. In den Fachgruppen für Denkmalpflege und Archäologie des Niedersächsischen Heimatbundes sind genau die Fachleute vertreten, die zu allen diesen Problemen hilfreiche Beiträge leisten können.

In diesem Zusammenhang: In mehreren ROTEN MAPPEN wiesen wir bereits auf die Notwendigkeit hin, einen Denkmalrat zu etablieren. Wir haben den Eindruck, damit vertröstet zu werden. Aber warum geschieht das? Ist es denn nicht positiv zu bewerten, wenn es zu einer Vernetzung von Denkmaleigentümern,

Interessensverbänden, Ehrenamtlichen sowie der Fachleute der staatlichen und kirchlichen Denkmalpflege kommt und wenn mit einem solchen Landesdenkmalrat ein Gremium bereitsteht, dass Politiker auf Landesebene und bei den Kommunen bei ihren oft schwierigen Entscheidungen berät?

Insgesamt ist es also dringend erforderlich, das Landesamt für Denkmalpflege aus einer Phase der Erfüllung eines monetären Einsparzolls und des sozialverträglichen Stellenabbaus in eine neue Phase des Aufbruchs zu überführen, sich dabei auch vielleicht über seine Neuausrichtung im Betreuungsbereich der Unteren Denkmalbehörden und der Pädagogik intensive Gedanken zu machen. Angesichts der Probleme mit dem möglichen Klimawandel und dem demographischen Wandel kommen zahlreiche neue Herausforderungen auf die Denkmalpflege zu. Wir brauchen hier dringend eine Vision! Und wir brauchen eine Vision, wie wir die Aufgaben zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen, auch über einen Denkmalrat, besser vernetzen. Wir bitten die Landesregierung inständig, hier das unbedingt Notwendige zu veranlassen!

Baudenkmäler stehen in Beziehungen zu Landschaften. Der Niedersächsische Heimatbund ist, Kulturlandschaften betreffend, in den letzten Jahren einen besonderen Weg gegangen. Wir haben ein Kataster von Elementen der Kulturlandschaft aufgebaut, und zwar einerseits mit hervorragendem Personal, andererseits mit der Unterstützung durch Stiftungen und andere Drittmittelgeber, aber auch mit der steten Hilfe des Landesamts für Denkmalpflege. Diese Aufbauarbeit ist die eine besondere Leistung. Die andere ist: Dabei ist auch ein Netzwerk von Hunderten an ehrenamtlichen Mitarbeitern entstanden, die vor Ort die Kulturlandschaftselemente erfassen und die Meldebögen an unsere Geschäftsstelle schicken. Mit dieser Arbeit haben wir eine Vorrangstellung in Deutschland erreicht. Vom Bund Heimat und Umwelt, unserem bundesweit tätigen Dachverband, sind wir gebeten worden, uns der Aufgabe „Erfassung von Kulturlandschaft“ besonders anzunehmen, weil wir offensichtlich besondere Kompetenz dabei erworben haben. Dies gilt übrigens auch bei der Denkmalpflege. Auch dabei gilt der Niedersächsische Heimatbund mit seinen Ideen und Vorstellungen als wegweisend innerhalb der Landesheimatbünde in Deutschland.

Die Erfassung der Elemente Historischer Kulturlandschaft ist nun aber in einem Stadium angelangt, in dem wir unbedingt über eine Verstärkung der Arbeiten

nachdenken müssen. Der Niedersächsische Heimatbund braucht Mittel für eine dauerhafte Personalstelle. Wir haben dies in einem Beitrag der ROTEN MAPPE zum Ausdruck gebracht; wir müssen unbedingt mit der Landesregierung darüber beraten, wie diese Mittel bereitgestellt werden können, um nicht nur die Arbeiten an sich fortzusetzen, sondern auch das sehr wertvolle Netzwerk an Mitarbeitern im ganzen Land zu bewahren und weiter zu fördern. Das Land leistet Hervorragendes bei der Förderung von Musik, und die Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur erhielt kürzlich zusätzliche Mittel. All dies begrüßen wir. Aber wir bitten sehr herzlich darum, nach Mitteln und Wegen zu suchen, wie auch andere Bereiche von Kultur auf Dauer gefördert werden können. Einer dieser wichtigen Bereiche von Kultur, um die sich unserer Ansicht nach ein moderner Heimatbund unbedingt kümmern sollte, ist die Erfassung von Kulturlandschaft. Ich kann mir kaum ein anderes Feld gemeinsamer Betätigung Ehrenamtlicher denken, in dem man derart gut Angehörige unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen zum Austausch bringen kann wie bei der Beschäftigung mit der Landschaft, die unsere Heimat prägt: Mitglieder der Generationen von Großeltern und Enkeln, die sich sonst nicht kennen lernen würden, oder auch Einheimische und Fremde. Sie werden kaum alle in das gleiche Konzert gehen, im gleichen Chor singen oder die gleiche Veranstaltung der Soziokultur besuchen. Sie können sich aber gemeinsam für die Geschichte von Deichen, für einen alten Bahndamm oder Spuren von früheren Äckern begeistern – und sie finden dabei einen Anknüpfungspunkt für weiteres gemeinsames Handeln; sie lernen sich kennen und helfen sich auch in anderen Lebenslagen.

Aus aktuellem Anlass muss ich hier einen Einschub machen und auf einen Brief eingehen, den wir dieser Tage erhielten. Der Heimatbund für das Oldenburger Münsterland erfuhr davon, dass das Land Niedersachsen entlang der Bundesstraße 213 zwischen Cloppenburg und dem Anschluss zur A 29 umfangreiche Seitenstreifen verkauft habe; weitere derartige Verkäufe seien „im Interesse des Landeshaushaltes“ beabsichtigt. Wir wenden uns gemeinsam mit dem Heimatbund für das Oldenburger Münsterland gegen diese Maßnahme, denn Seitenstreifen gehören zu den Straßen. Sie wurden bepflanzt, unter anderem als Schutz vor der Versandung der Straßen, also als Erosionsschutz. Die Gehölze, die sich an den Straßenrändern entwickelt haben, sind nun eine Bereicherung des Landschaftsbildes, und sie haben überdies einen hohen ökologischen Wert. Solche Elemente der historischen Kulturlandschaft dürfen nicht veräußert oder gar zerstört werden! Wenn man dies dennoch tut, zeigt

man, dass man nicht versteht, welchen Sinn Bau- und Gestaltungsmaßnahmen in früherer Zeit gehabt haben. Die Experten, die sich mit der Erfassung von Kulturlandschaftsbestandteilen befassen, wissen dies aber – sie warnen davor, weitere Straßenrandbereiche zu verkaufen. Im Grunde genommen würde man sich damit gegen jahrhundertealte Bemühungen stellen, dem Land eine gute Infrastruktur zu geben – eben mit Straßen, die nicht der Erosion ausgesetzt sind.

Die Netzwerke, die über den Niedersächsischen Heimatbund gebildet werden, haben eminent große Bedeutung. Wir stellten dies einmal mehr fest, als wir im vergangenen Jahr eine Tagung zum Thema „25 Jahre Verbandsbeteiligung nach Naturschutzrecht für den Niedersächsischen Heimatbund“ veranstalteten. Der geballte Sachverstand der ehrenamtlich tätigen Mitarbeiter ist gar nicht hoch genug einzuschätzen. Sie kennen sich sowohl mit allgemeinen Zusammenhängen als auch mit den lokalen Details aus, und sie können vor Ort mit weiteren Einheimischen über die jeweilige Situation beraten. Diese ehrenamtlich tätigen Experten werden aber über Gebühr belastet, wenn die Landesregierung nun engere Fristen für die Bearbeitungen im Rahmen der Verbandsbeteiligung setzen will. Die Verbandsbeteiligung wird eben nicht von einer hauptamtlich tätigen Behörde geleistet. Der Niedersächsische Heimatbund betreut sie mit einer Teilzeitstelle eines Wissenschaftlichen Referenten. Die eigentliche Arbeit vor Ort leisten dann ehrenamtlich Tätige, denen man keine allzu kurzen Fristen setzen darf. Man würde sie damit verärgern, und, was noch schlimmer wäre, man würde möglicherweise letztlich auf ihr wichtiges Urteil verzichten. Und das können wir uns nicht leisten!

Im Bereich Umwelt- und Naturschutz ist übrigens das bereits eingetreten, was im Bereich Denkmalschutz keineswegs passieren darf: In Niedersachsen fehlt die zentrale Koordinationsstelle und damit der Ort, an dem über die Fortentwicklung allgemeiner fachlicher Strategien nachgedacht wird. Es mag sicher Vorteile gebracht haben, Kompetenzen des Landesamtes für Ökologie mit anderen im „Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz“, kurz NLWKN, gebündelt zu haben. Aber wo wird über die Fortführung der Strategien beraten? Ich hatte schon an anderer Stelle erwähnt, dass darüber dringend mehr nachgedacht werden muss. Konkret gesagt: Wo wird darüber geforscht und beraten, ob man Marschenklei aus dem Vorland zur Deicherhöhung entnehmen darf oder ob man das Material für den Deichbau aus dem Hinterland holen muss? Wo wird danach gefragt, ob man Heideflächen zum Schutz eines Landschaftsbildes

abbrennen darf, was aber nach Naturschutzrecht in der Regel nicht erlaubt ist? Der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung hat die Abschaffung der Oberen Naturschutzbehörde in Niedersachsen kritisiert. Die Frage ist nun: Welche Konsequenzen zieht man daraus? Ich spreche hier sowohl Konsequenzen für Natur- und Umweltschutz als auch Konsequenzen für die damit vergleichbare Situation in der Denkmalpflege an. Wohin steuern wir?

Das hier dargestellte missliche Theoriedefizit könnte wenigstens zu einem Teil behoben werden, wenn sich die Universitäten oder andere Forschungseinrichtungen des Landes mit diesen Fragen befassen würden. Doch das ist nicht der Fall. Seit Jahren stellt der Niedersächsische Heimatbund fest, dass Lehre und Forschung in den Fächern, die ja auch für die Lehrerausbildung wichtig sind, rückläufig sind: in der Ökologie genauso wie in Landeskunde, Landesgeschichte und Niederdeutsch. Mit Denkmalpflege und Archäologie befasst man sich an den Hochschulen ebenfalls nur sehr selten. Die Landesregierung verweist in der WEISSEN MAPPE von 2007 darauf, dass sie unsere Sorge zur Lehrerausbildung nicht teilt, denn das Kultusministerium gäbe Richtlinien dazu heraus, was in den genannten Fächern an den Schulen unterrichtet werden müsse. Dazu gehörten Niederdeutsch, Landesgeschichte und Landeskunde. Das begrüßen wir natürlich, aber wir stellen zugleich fest, dass die Lehrer eine moderne Ausbildung in diesen Fächern während ihrer Ausbildung oft gar nicht erhalten können, weil die Inhalte, die uns wichtig sind, an vielen Universitäten nicht gelehrt werden. Die dafür notwendigen Experten fehlen. Es ist uns klar, dass man keinen direkten Einfluss auf Universitäten nehmen und verlangen kann, dieser oder jener Inhalt sei unbedingt in der Lehre anzubieten, und zwar dadurch, dass kompetente Dozenten berufen werden, die zu einer bestimmten Lehre verpflichtet werden. Ein solches Eingreifen widerspricht dem Grundsatz der Freiheit von Lehre und Forschung. Also muss man über andere Wege nachsinnen. In der ROTEN MAPPE schlagen wir vor, ein Zentrum oder einen Schwerpunkt „Landesstudien“ zu gründen, in dem dann auch ein entsprechender Masterstudiengang angeboten wird. Würde es gelingen, die Fächer Niederdeutsch, Landesgeschichte und Landeskunde miteinander zu verbinden, könnten sie sich gegenseitig stützen. Und dies wäre wichtig; in den traditionellen Fächerverbänden werden sie dagegen immer wieder an die Wand gedrückt.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich mit der Vision enden, ein solches Fachzentrum anzustreben. Ich habe mich eingangs der Auffassung angeschlossen,

dass wir Visionen für Niedersachsen brauchen. Ein solcher Fächerverbund wäre ein ganz großer Fortschritt auf dem Weg, eine bessere Lehrerausbildung anzustreben, aber auch einen besseren Umgang mit Umwelt oder Heimat zu erreichen – namentlich dann, wenn es gelingt, in ein solches Zentrum für landesbezogene Forschung auch noch Aspekte von Denkmalpflege und Archäologie zu integrieren. Über alles das kann und muss gesprochen werden. Ich bin der Ansicht, dass wir neue Perspektiven für dieses Land brauchen, und zwar einerseits beispielsweise in der Verkehrs- und Hafenpolitik, andererseits aber in elementar wichtigen Bildungsbereichen, wie sie in der Denkmalpflege und Archäologie, im Niederdeutschen und Saterfriesischen, in der Landeskunde und Landesgeschichte enthalten sind. Wir wollen in keinem dieser Bereiche nur am Althergebrachten festhalten, sondern neue Wege gehen. Wenn wir dies aber tun wollen, müssen wir uns erheblich mehr mit diesen Fächern und ihren Inhalten beschäftigen. Wir müssen sie als Bildungsfächer fördern, und wir dürfen keineswegs fachliche Kompetenzen schwächen, die an den Landesbehörden zu diesen Fächern noch vorhanden sind. Die Zukunft der Denkmalpflege, Herr Ministerpräsident, ist für den Niedersächsischen Heimatbund ein Schlüsselproblem. Hierzu müssen wir unbedingt eine Stellungnahme der Landesregierung einfordern. Das Landesamt für Denkmalpflege muss eine gute Zukunft haben, und zwar einerseits als hochgradig kompetentes, zentrales Institut für spezielle denkmalpflegerische Fachfragen und andererseits als Stelle der Vermittlung, der Pädagogik, der Begeisterung von Menschen, die an der Denkmalpflege interessiert sind und ihren Beitrag zu diesem wichtigen Fachgebiet liefern können.

Ein Wort noch zu den Visionen: Diejenigen, die Beiträge zur ROTEN MAPPE geschrieben haben, sind in jedem Fall kompetente Experten. Ihre Ansichten sind Vorschläge zum effizienteren Handeln. Es kommt meiner Ansicht nach ganz entscheidend darauf an, gerade die Hinweise zu Visionen und Reformen in der ROTEN MAPPE zu erkennen.